



- Juli 2014 -

Günter Rudolphs Newsletter

-- Aktuelles aus dem Hessischen Landtag --

Hessische Kommunen leiden unter schwarz-grünem Sparzwang Landesregierung schiebt Verantwortung für knappe Kassen auf hessische Städte und Gemeinden

Die letzte Regierungserklärung des Innenministers Beuth (CDU) hat nochmal deutlich gemacht, was bereits zu befürchten war: Schwarz-Grün knüpft nahtlos an die kommunalfeindliche Politik der vorangegangenen schwarz-gelben Landesregierung an. Hessens Städte und Gemeinden werden mit ihrer dramatischen Unterfinanzierung von der Landesregierung alleine gelassen. Gleichzeitig scheut sich der Innenminister nicht, den Kommunen in Hessen die Verantwortung für deren schwierige finanzielle Lage in die Schuhe zu schieben. Die kommunalen Ausgaben seien zu hoch, erklärte uns Peter Beuth bei seiner Rede im Landtag – dass die Kommunen aber schon seit 2011 durch den jährlichen Entzug von 340 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich systematisch durch das Land geschröpft werden und überdies die Kosten für den kommunalen Schutzschirm selbst zu tragen haben, darüber schweigt Schwarz-Grün. Auch über die immensen Belastungen, die die Kommunen verpflichtend zu tragen haben, wird in Regierungskreisen höchst ungern gesprochen. Nur ein Beispiel sind die Kosten für KiTas, auf denen die Kommunen vom Land sitzen gelassen werden. Welche unmittelbaren Folgen das ignorante Handeln seitens der Landesregierung für die kommunale Infrastruktur hat, lässt sich dann in Gemeinden wie dem mittelhessischen Laubach begutachten. Dort wird trotz der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nachts die Straßenbeleuchtung abgeschaltet. Aus Kostengründen. Doch die Folgen sind noch weitreichender: Die andauernde Unterfinanzierung sorgt für infrastrukturelle Schäden und Defizite in der Daseinsvorsorge, die nicht nur aktuell alle Bereiche, vom öffentlichen Nahverkehr bis hin zur medizinischen Versorgung betrifft, sondern auch künftigen Generationen eine schwere Last aufbürdet.



© SPD-Fraktion Hessen

Und wie lautet das Rezept der Landesregierung? Im Innenministerium gibt's demnächst eine Schuldnerberatung für betroffene Kommunen. Was wie Hohn in den Ohren der kommunalen Vertreter klingen mag, ist bitterer Ernst. Während sich die schwarz-grüne Regierung auf dem Rücken der Kommunen kreativ gesundrechnet und ihnen zeitgleich leichtfertiges Schuldenmachen vorwirft, gehen ihr angesichts der nüchternen Realität offensichtlich schnell die Ideen aus.

Nachdem der Hessische Staatsgerichtshof bereits im vergangenen Jahr entschieden hat, dass der Finanzbedarf der Landkreise, Städte und Gemeinden bis 2016 neu ermittelt werden muss, wird diese Regierung ihre Ignoranz gegenüber einer tragenden Säule unseres Gemeinwesens zu überdenken haben. Wir bleiben dran.

Hessens CDU liebäugelt mit den populistischen Europafeinden der AfD – und Volker Bouffier schweigt

Während bekannte Namen aus den Reihen der hessischen CDU in jüngster Zeit laut und unüberhörbar über Koalitionsoptionen der CDU mit der Alternative für Deutschland (AfD) schwadronieren, schweigt der Hessische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Bouffier lieber. Er ist lediglich der Meinung, diese Frage stelle sich nicht. Offensichtlich aber schon: Eine Koalition mit der AfD hat er nämlich nicht ausgeschlossen.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Wenn diese klare Abgrenzung nicht erfolgt, ist das ein deutlicher Beleg dafür, dass die CDU aus machtpolitischen Erwägungen bereit ist, auch Koalitionen und Bündnisse mit solchen Gruppierungen und Parteien wie der AfD zu schließen. Ein fatales Signal. Es läge an der CDU, es mit einfachen Worten deutlich zu machen: Es gibt keine Koalition der hessischen CDU mit der AfD. Aus guten Gründen. Die AfD versucht sich programmatisch rechts von der CDU zu etablieren. Neben der diffusen aber harten Eurokritik spielt vor allem ein deutscher National-Egoismus und Wohlstandchauvinismus eine tragende Rolle in der AfD-Strategie. Die Zuwanderungsfrage wird geschickt zur Ressentiment -Entfachung ausgenutzt, eine Prise angebliche direkte Demokratie dazu gemengt und in einer antieuropäischen Suppe serviert. Die AfD gibt zwar vor, gegen rechtsradikale Mitglieder vorzugehen, zielt aber ganz offen auf das entsprechende Wählerpotential. Rechtspopulisten wollen kein anderes, kein besseres Europa. Sie wollen Europa am Boden sehen. Es geht auch um Werte und Zivilcourage. Wenn es um Hetze gegen Schwächere geht, müssen politische Akteure Haltung zeigen für ein tolerantes und freizügiges Miteinander – vor Ort und in Europa. Das gilt auch für die hessische CDU. Sie muss Farbe bekennen, wie sie mit der AfD umgeht und ob sie eine Koalition weiterhin als eine mögliche Option ansieht.

Wegducken reicht nicht aus, Herr Bouffier.

...und noch etwas:

Die WM in Brasilien neigt sich bald schon wieder dem Ende zu. Bisher hat sie mit Überraschungen nicht gerade geizt, wenn man bedenkt, wie viele der Favoriten bereits ausgeschieden sind. Was bleibt, ist die Hoffnung auf spannende letzte Runden und ein Extra-Gepäckstück im Flieger der deutschen Nationalmannschaft – den Pokal! Dafür drücken wir Jogis Jungs die Daumen.

Und jene – ja, es soll sie geben – die mit Fußball so gar nichts anfangen können, seien getröstet: Bald ist der Trubel vorbei. Aber erst nach dem wir den Titel geholt haben!



Sportliche Grüße

